

**STADT BIELEFELD**

- Jugendhilfeausschuss
- Sozial- und Gesundheitsausschuss
- Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss

**Sitzung**

- Nr. 55 Teil 2/2014-2020**
- Nr. 52 Teil 2/2014-2020**
- Nr. 52 Teil 2/2014-2020**

**Niederschrift**

**über die gemeinsame Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses zusammen mit dem Jugendhilfeausschuss und dem Sozial- und Gesundheitsausschuss**

**am 05.03.2020**

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:50 Uhr

Anwesend:

Für den Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss:

Herr Oberbürgermeister Clausen (Vorsitz)

SPD

Herr Brücher  
Herr Fortmeier  
Frau Gorsler  
Herr Sternbacher  
Frau Weißenfeld

CDU

Herr Copertino  
Herr Helling  
Herr Henrichsmeier  
Herr Nettelstroth  
Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood  
Herr Julkowski-Keppler  
Herr Rees

Bielefelder Mitte

Frau Becker

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

FDP

Herr Schlifter

Lokaldemokratie in Bielefeld

Herr Gugat

beratendes Mitglied nach § 58 Abs.1 Satz 7 und 8 GO NRW

BfB

Herr Krollpfeiffer

beratendes Mitglied nach § 58 Abs.1 Satz 7 und 8 GO NRW

Für den Jugendhilfeausschuss:

SPD

Frau Gorsler  
Herr Pieplau  
Frau Weißenfeld

Ausschussvorsitzende

CDU

Herr Grün

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hennke

Bielefelder Mitte

Herr Gehre

Die Linke

Herr Goertz

Beratende Mitglieder

Herr Epp  
Frau Obasohan  
Frau Purucker

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Hanke

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Ehnis  
Herr Paus  
Frau Puffer  
Herr Schütz  
Herr Varnholt

Für den Sozial- und Gesundheitsausschuss:

SPD

Herr Brücher  
Frau Gorsler  
Herr Kaufmann  
Herr Pieplau  
Frau Weißenfeld

CDU

Herr Copertino  
Frau Jansen  
Herr Jung  
Herr Krumhöfner  
Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller  
Herr Hood  
Frau Mann

Ausschussvorsitzender

Bielefelder Mitte

Frau Dr. Seidenberg

BfB

Herr Krollpfeiffer

Die Linke

Frau Bußmann

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Lokaldemokratie in Bielefeld

Herr Gugat

Schriftführung

Frau Mülöt

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Kaschel  
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus  
Herr Beigeordneter Moss  
Herr Beigeordneter Nürnberger  
Frau Ley  
Frau Bockermann  
Herr Steinmeier  
Frau Schmiedeskamp  
Frau Grewel (Schriftführung)

Dezernat 1  
Dezernat 2  
Dezernat 4  
Dezernat 5  
Büro des Oberbürgermeisters und des Rates  
Presseamt/Statistikstelle  
Presseamt/Statistikstelle  
Konzerncontrolling und steuerliche Angelegenheiten  
Büro des Oberbürgermeisters und des Rates

Gäste:

Bürgerinnen und Bürger  
Pressevertreter

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (JHA), des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) und des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses (HWBA) zur gemeinsamen Fortsetzung der jeweils unterbrochenen Sitzungen vom 26.02.2020. Nach Absprache mit den beiden anderen Ausschussvorsitzenden, Frau Weißenfeld für den JHA und Herrn Hood für den SGA, werde er die gemeinsame Sitzung leiten. Da es sich um die Weiterführung der am 26.02.2020 unterbrochenen Sitzung handelt, stellt Herr Oberbürgermeister Clausen erneut die Beschlussfähigkeit für den HWBA fest. Frau Weißenfeld und Herr Hood erklären ihre Ausschüsse ebenfalls für beschlussfähig.

Herr Oberbürgermeister Clausen schlägt Frau Grewel zur Schriftführerin der gemeinsamen Sitzung vor. Die Mitglieder der Ausschüsse sind einverstanden.

Zum einzigen Tagesordnungspunkt „Sichere Häfen“ wurden die Drs. 10268/2014-2020 sowie die ergänzende Informationsvorlage Drs. 10416/2014-2020 bereits zum ersten Teil der Sitzungen verteilt. Darüber hinaus liegen allen Anwesenden ein Brief der Bielefelder Seebrücke und eine Mitteilung mit ergänzenden Informationen vor. Mit Datum vom 03.03.2020 hat die Fraktion Die Linke einen Änderungsantrag unter Drs.10495/2014-2020 an die Vorsitzende des JHA gerichtet. Herr Oberbürgermeister Clausen intendiert, dass diese Drucksache auch für die beiden anderen Gremien bestimmt sei. Gleiches gelte für den als Tischvorlage verteilten Änderungsantrag der Fraktion Die Linke unter Drs. 10510/2014-2020.

Herr Dr. Schmitz (Die Linke) erklärt, die Drs. 10495/2014-2020 (TOP 1.1) zurückzuziehen.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

---

**Zu Punkt 1****"Sichere Häfen" - Aufnahmeinitiative für NRW Fortsetzung des Tagesordnungspunktes vom 26.02.2020****Beratungsgrundlagen:**

Drucksachenummer: 10268/2014-2020

Drucksachenummer: 10416/2014-2020

Drucksachenummer: 10510/2014-2020

Herr Oberbürgermeister Clausen erklärt, dass in der Beschlussvorlage 10268/20214-2020 auf Seite 2 im letzten Satz der Begründung der Halbsatz „... aber auch mögliche Pull-Effekte verhindert werden.“ ersatzlos zu streichen sei. So solle vermieden werden, auch den Text der Begründung in die politische Debatte einzubeziehen.

Herr Goertz (Die Linke) dankt für die Streichung des Halbsatzes und erklärt, der Vorlage zuzustimmen. Die Situation in den griechischen Flüchtlingslagern sei menschenunwürdig, daher solle die Verwaltung die Möglichkeiten prüfen, weitere Geflüchtete, insbesondere minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, in Bielefeld aufzunehmen.

Herr Weber (CDU) erklärt für seine Fraktion, sich der Initiative „Sichere Häfen“ nicht anschließen zu können. Ausschlaggebend sei die fehlende Zuständigkeit kommunaler Räte im Hinblick auf außenpolitisch relevante Entscheidungen. Die Aufforderung an die Bundesregierung, mehr nach Artikel 17 Dublin-III-VO zu unternehmen, sei angesichts der angestrebten einheitlich europäischen Handlungsmaxime zweckfrei. Es gebe ein breit gestreutes ehrenamtliches Engagement und eine erfolgreiche Bandbreite an Maßnahmen zur Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge. Der vorliegende Beschluss sei auf Landes- und Bundesebene zu fassen und er sei überzeugt, dass dort in den nächsten zwei Wochen Entscheidungen zu Maßnahmen getroffen würden. Dem werde sich seine Fraktion, wie bisher auch, nicht verweigern. Angesichts der Vielzahl derzeit offener Fragen sollte heute jedoch keine Beschlussfassung erfolgen.

Frau Bußmann (Die Linke) wertet die Beschlussvorlage als kleinen Schritt, um die unerträglichen Zustände in den Flüchtlingslagern zu entschärfen. Die Menschen in den Flüchtlingslagern benötigten eine Perspektive, daher begrüße ihre Fraktion die Initiative, werde der Vorlage zustimmen und erwarte eine Prüfung der Verwaltung zur Aufnahme weiterer Geflüchteter.

Herr Gugat (LIB) resümiert, dass es nicht um die Lösung des für die Flüchtlingsströme ursächlichen Konfliktes, sondern um eine humanitäre Geste zur Linderung der katastrophalen Verhältnisse in den Flüchtlingslagern gehe und benennt beispielhaft die Relation zwischen der Einwohnerzahl der Insel Lesbos zu der Zahl der dort untergebrachten Flüchtlinge. Die Stadt Bielefeld habe den Platz und die Ressourcen zur weiteren Aufnahme Geflüchteter. Dem vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Die Linke werde er nicht zustimmen. Der Verwaltungsvorlage dürfe sich aus humanitären Gründen niemand verweigern. In der anschließenden Ratssitzung solle daher namentlich abgestimmt werden.

Frau Mann (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke nicht zustimmen zu wollen. Zur Beschlussvorlage wäre ihre Fraktion bereits in der ersten Lesung abstimmungsbereit gewesen, alle Beteiligten hätten jedoch dem mehrfachen Beratungsbedarf der CDU-Fraktion nachgegeben in der Hoffnung, letztendlich einen politischen Konsens im Einklang mit den relevanten Gruppen der Stadtgesellschaft zu erreichen. Dies sei offensichtlich nicht möglich. Es sei zynisch, jetzt keine Geflüchteten aufnehmen zu wollen, weil vielleicht in der Zukunft noch weitere Menschen kommen könnten.

Frau Adilovic (Integrationsrat) sieht keine Notwendigkeit für mehrere Sitzungen angesichts der geringen Anzahl der aufzunehmenden Menschen. Es sei Zeit, etwas zu verändern. Der Integrationsrat habe die Vorlage einstimmig beschlossen und sie bitte die Anwesenden ebenfalls um Zustimmung.

Frau Becker (BIMI) erinnert an die positive Bewältigung der Flüchtlingssituation im Jahr 2015 durch ein großes ehrenamtliches Engagement, einer

guten Vorbereitung durch die Verwaltung und dem Konsens in den politischen Gremien. Nun sei jedoch eine gemeinsame europäische Lösung und damit die Bundesregierung gefordert. Sie wertet die derzeitige Diskussion als unverantwortliche Symbolpolitik, die zu Lasten der Flüchtlinge geführt werde.

Herr Nettelstroth (CDU) erinnert an die Gründung der Initiative „Sichere Häfen“ zur Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen. Aktuell sollten über die Initiative Menschen aus den griechischen Flüchtlingslagern nach Deutschland geholt werden. Er führt aus, dass die Türkei bereits 3,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen habe und durch das Bombardement der russischen Luftwaffe auf Idlib erneut 500.000 Menschen aufnehmen solle. Seine Fraktion sehe nicht die Notwendigkeit, jetzt her über den Königsteiner Schlüssel hinaus Flüchtlinge aufzunehmen. Die Bundesregierung versuche derzeit auf europäischer Ebene eine Lösung zu finden, um auch im Gespräch mit der Türkei zu positiven Ergebnissen zu kommen. Die sich möglicherweise daraus ergebende Verpflichtung zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Bielefeld werde seine Fraktion wie bisher mittragen. Folge man jedoch dem Antrag, würden die derzeit freien Kapazitäten in Bielefeld verbraucht und die Stadt könne einer möglichen Aufnahmeverpflichtung nach dem Königsteiner Schlüssel nicht mehr nachkommen. Vor diesem Hintergrund werde seine Fraktion die Verwaltungsvorlage und den Änderungsantrag ablehnen.

Herr Schlifter (FDP) stellt für sich zunächst die offensichtliche Einigkeit aller Anwesenden zu den schlechten Verhältnissen in den überfüllten Flüchtlingslagern fest. Die Frage nach möglichen Hilfen müsse jedoch immer verantwortungsvoll behandelt werden. Er werbe daher für eine Aufforderung an die Bundesregierung, in der anstehenden deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Union eine gemeinsame europäische Lösung zu suchen und von nationalen Alleingängen abzusehen. Dem Antrag werde er nicht zustimmen.

Herr Brücher (SPD) sieht eine Hilflosigkeit Europas bei der Beseitigung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern. Unstrittig sei die Situation in den Flüchtlingslagern und Bielefeld habe die Möglichkeit, humanitäre Hilfe zu leisten. Daher bitte er um Zustimmung.

Herr Dr. Schmitz (Die Linke) erklärt, der Vorlage zuzustimmen und hält eine weitergehende Prüfung zu Hilfsmaßnahmen für wünschenswert. Die Unterstellung, seine Partei unterstütze das Bombardement in Syrien und anderswo, weist er als inakzeptabel zurück.

Herr Gugat (LIB) macht deutlich, dass unabhängig von den vorgebrachten Argumenten es einzig um humanitäre Hilfe für die Menschen in den Flüchtlingslagern in Griechenland gehe, da Bielefeld derzeit die Kapazitäten dazu vorhalte.

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt fest, dass alle Gremien die Informationsvorlage Drucksache 10416/2014-2020 zur Kenntnis genommen haben.

Die Frau Weißenfeld bittet sodann die stimmberechtigten Mitglieder des JHA um die

**Abstimmung zu Punkt 1 des Antrages der Fraktion Die Linke vom**

**03.03.2020**

1. **Die Beschlussvorlage wird um den neuen Punkt 4 ergänzt:  
Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob in Bielefeld weitere Kapazitäten für die Aufnahme von, vor allem unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, zur Verfügung stehen bzw. ob weitere Kapazitäten z.B. durch den Einsatz von Containern, geschaffen werden können.**
  - bei 6 Zustimmungen, 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen -

Im Anschluss fasst der JHA mit der soeben beschlossenen Änderung folgenden

**Beschluss:**

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:**

1. **Die Stadt Bielefeld bietet 90 zusätzliche Aufnahmeplätze für hilfsbedürftige Personen in prekären humanitären Situationen in den griechischen Auffanglagern an. Die Bundesregierung wird aufgefordert, verstärkt von Artikel 17 Dublin-III-VO Gebrauch zu machen und die von der Stadt Bielefeld und anderen bundesdeutschen Städten und Kreisen angebotenen Aufnahmeplätze in Anspruch zu nehmen. Ein entsprechendes Angebot soll der griechischen Regierung unterbreitet werden. Das Land Nordrhein-Westfalen wird gebeten, seine Bereitschaft zu erklären, diese Personen ohne Anrechnung auf die EASY (Erstverteilung der Asylbegehrenden) -Quote aufzunehmen. Die Stadt Bielefeld erklärt sich bereit, diese Geflüchteten in Höhe des erklärten Kontingents ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote und unter Anwendung der aktuellen Kostenregelungen aufzunehmen. Die Kapazitäten zur Unterbringung sind vorhanden.**
2. **Die Stadt Bielefeld bietet darüber hinaus zusätzlich 10 Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus griechischen Auffanglagern an und sichert die Unterbringung in Einrichtungen auf ihrem Gebiet zu. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Verfahren zur Übernahme dieser unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach Deutschland zu schaffen. Die 10 jungen Geflüchteten können nach dem Clearing-Verfahren in Bielefeld unter Anwendung der aktuellen Kostenregelung verbleiben.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, sich weiterhin mit den NRW-Kommunen „Sichere Häfen“ auszutauschen, hinsichtlich kommunaler Unterstützungsaktivitäten humanitärer Hilfsangebote abzustimmen und die Ergebnisse auf Bundes- und Landesebene einzubringen.**
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob in Bielefeld weitere Kapazitäten für die Aufnahme von, vor allem unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, zur Verfügung stehen bzw.**

**ob weitere Kapazitäten z.B. durch den Einsatz von Containern, geschaffen werden können.**

- bei 4 Gegenstimmen abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

Herr Hood bittet die Mitglieder des SGA um die

Abstimmung zu Punkt 1 des Antrages der Fraktion Die Linke vom 03.03.2020

1. Die Beschlussvorlage wird um den neuen Punkt 4 ergänzt:  
Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob in Bielefeld weitere Kapazitäten für die Aufnahme von, vor allem unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, zur Verfügung stehen bzw. ob weitere Kapazitäten z.B. durch den Einsatz von Containern, geschaffen werden können.

- bei 1 Zustimmung mit großer Mehrheit abgelehnt -

Im Anschluss fasst der SGA folgenden

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:**

1. **Die Stadt Bielefeld bietet 90 zusätzliche Aufnahmeplätze für hilfsbedürftige Personen in prekären humanitären Situationen in den griechischen Auffanglagern an. Die Bundesregierung wird aufgefordert, verstärkt von Artikel 17 Dublin-III-VO Gebrauch zu machen und die von der Stadt Bielefeld und anderen bundesdeutschen Städten und Kreisen angebotenen Aufnahmeplätze in Anspruch zu nehmen. Ein entsprechendes Angebot soll der griechischen Regierung unterbreitet werden. Das Land Nordrhein-Westfalen wird gebeten, seine Bereitschaft zu erklären, diese Personen ohne Anrechnung auf die EASY (Erstverteilung der Asylbegehrenden) -Quote aufzunehmen. Die Stadt Bielefeld erklärt sich bereit, diese Geflüchteten in Höhe des erklärten Kontingents ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote und unter Anwendung der aktuellen Kostenregelungen aufzunehmen. Die Kapazitäten zur Unterbringung sind vorhanden.**
2. **Die Stadt Bielefeld bietet darüber hinaus zusätzlich 10 Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus griechischen Auffanglagern an und sichert die Unterbringung in Einrichtungen auf ihrem Gebiet zu. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Verfahren zur Übernahme dieser unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach Deutschland zu schaffen. Die 10 jungen Geflüchteten können nach dem Clearing-Verfahren in Bielefeld unter Anwendung der aktuellen Kostenregelung verbleiben.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, sich weiterhin mit den NRW-**

**Kommunen „Sichere Häfen“ auszutauschen, hinsichtlich kommunaler Unterstützungsaktivitäten humanitärer Hilfsangebote abzustimmen und die Ergebnisse auf Bundes- und Landesebene einzubringen**

- bei 6 Gegenstimmen mit Mehrheit beschlossen -

Sodann erfolgt durch den HWBA die

Abstimmung zu Punkt 1 des Antrages der Fraktion Die Linke vom 03.03.2020

1. Die Beschlussvorlage wird um den neuen Punkt 4 ergänzt:  
Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob in Bielefeld weitere Kapazitäten für die Aufnahme von, vor allem unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, zur Verfügung stehen bzw. ob weitere Kapazitäten z.B. durch den Einsatz von Containern, geschaffen werden können.

- bei 1 Zustimmung mit großer Mehrheit abgelehnt -

Im Anschluss fasst der HWBA folgenden

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:**

1. **Die Stadt Bielefeld bietet 90 zusätzliche Aufnahmeplätze für hilfsbedürftige Personen in prekären humanitären Situationen in den griechischen Auffanglagern an. Die Bundesregierung wird aufgefordert, verstärkt von Artikel 17 Dublin-III-VO Gebrauch zu machen und die von der Stadt Bielefeld und anderen bundesdeutschen Städten und Kreisen angebotenen Aufnahmeplätze in Anspruch zu nehmen. Ein entsprechendes Angebot soll der griechischen Regierung unterbreitet werden. Das Land Nordrhein-Westfalen wird gebeten, seine Bereitschaft zu erklären, diese Personen ohne Anrechnung auf die EASY (Erstverteilung der Asylbegehrenden) -Quote aufzunehmen. Die Stadt Bielefeld erklärt sich bereit, diese Geflüchteten in Höhe des erklärten Kontingents ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote und unter Anwendung der aktuellen Kostenregelungen aufzunehmen. Die Kapazitäten zur Unterbringung sind vorhanden.**
2. **Die Stadt Bielefeld bietet darüber hinaus zusätzlich 10 Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus griechischen Auffanglagern an und sichert die Unterbringung in Einrichtungen auf ihrem Gebiet zu. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Verfahren zur Übernahme dieser unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach Deutschland zu schaffen. Die 10 jungen Geflüchteten können nach dem Clearing-Verfahren in Bielefeld unter Anwendung der aktuellen Kostenregelung verbleiben.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, sich weiterhin mit den NRW-**

**Kommunen „Sichere Häfen“ auszutauschen, hinsichtlich kommunaler Unterstützungsaktivitäten humanitärer Hilfsangebote abzustimmen und die Ergebnisse auf Bundes- und Landesebene einzubringen**

- bei 7 Gegenstimmen mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

---

Clausen  
Oberbürgermeister

---

Weißefeld  
Vorsitzende JHA

---

Hood  
Vorsitzender SGA

---

Grewel  
Schriftführung